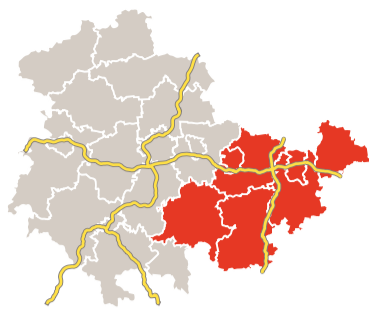


KOMPAKT

Nachrichten aus Ostthüringen



Neuer Mietspiegel für Gera ist in Arbeit

Gera. In Geras Stadtverwaltung wird an der zehnten Auflage des Geraer Mietspiegels gearbeitet. Dazu braucht es die Mithilfe der Vermieter in der Stadt. Sie sind angehalten, aktuelle Mietdaten für den Zeitraum vom 1. November 2015 bis 31. Oktober 2021 anzugeben. Voraussichtlich ab Frühjahr 2022 soll der neue Mietspiegel als Orientierungshilfe dienen.

Neue Chance für Ferienpark Albersdorf

Albersdorf. Seit Mittwoch ist klar, wer der neue Investor am Albersdorfer Ferienpark ist. Der Immobilienhändler und Bauträger Michael Trommer hat das zwölf Hektar große Areal übernommen und hat große Pläne. Derzeit wirkt alles ziemlich verfallen, doch die ersten Bagger rollen bereits und sorgen für Ordnung.

Löschfahrzeug seit 60 Jahren im Einsatz

Weißbach. Fast 60 Jahre lang ist der Robur LF und TS8 mit Schlauchtransportanhänger im Einsatz, im Mai 2022 wollen die Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr in Weißbach im Saale-Holzland das Ereignis gebührend feiern.

Bürgermeister Hans-Jürgen Liebster mag zwar den Oldtimer, er wünschte sich aber einen Ersatz.

BdV-Regionalverband hat sich aufgelöst

Bad Lobenstein. Der Regionalverband Bad Lobenstein des Bundes der Vertriebenen (BdV) hat sich aufgelöst. Für den langjährigen Vorsitzenden Herbert Grams hatte sich nach dessen Umzug nach Gera keine Nachfolge gefunden. Im Altvaterturm bei Lehesten bleiben jedoch zwei Räume zur Erinnerung an die Arbeit des BdV.

Jena verbessert seinen Winterdienst

Jena. Jena hat beim Winterdienst nachjustiert. Nachdem die Stadt Anfang Februar in Schneemassen fast versunken war, gibt es Neuerungen: ein 24-Stunden-Schichtsystem an sieben Tagen; einen anderen Wetterdienstleister; zwei Glättemeldeanlagen. Nutzbar sind 16 Fahrzeuge mit Schiebeschild und ein Traktor mit Schneefräse.

Institut unterstützt Schul-Förderverein

Rudolstadt. Benjamin Redlingshöfer, Direktor des Forschungsinstitutes TITK in Schwarza, übergab am Mittwoch die Weihnachtsspende der TITK-Gruppe an den Förderverein des Gymnasiums Fridericianum in Rudolstadt. Mit dem Betrag von 2000 Euro soll dort das Projekt „3D-Druck im Unterricht“ initiiert werden.

KONTAKT

Sie haben Nachrichten für die Thüringen-Redaktion? Gerne per Mail: thueringen@funkmedien.de

Haltung und Halt

Die „Omas gegen rechts“ bleiben mit einem Opa unermüdlich und verleihen künftig einen eigenen Preis

Von Gerald Müller

Erfurt. Natürlich ist er keine Oma, sondern ein Opa. Reiner Praß ist 63 Jahre, geboren in Idar-Oberstein in Rheinland-Pfalz, seit 2001 lebt er in Thüringen, hat einen Dokortitel, arbeitet als Historiker, Übersetzer und Stadtführer, genießt mit der Enkelin das Opa-Sein. Aber hindert ihn nicht daran, zu den „Omas gegen rechts“ zu gehören. Denn Voraussetzung dafür ist vor allem die Motivation, sich gegen rechts zu stellen, nicht tatenlos zuzusehen, sondern selbst Verantwortung zu übernehmen.

Trotzdem ist Reiner Praß eine Ausnahme. Denn aktuell ist er der einzige Mann im 20-köpfigen Vereinskreis der Thüringer „Omas gegen rechts“, die zwischen Mitte 50 – wie Ute – und Mitte 85 – wie Käthe – sind. Mindestens ein Mal im Monat tauschen sie sich aus, während der Pandemie vornehmlich über Video. Es herrscht keine Hierarchie, kein Zwang. „Dafür das Gefühl, unter Gleichgesinnten zu sein“, so Renate Wanner-Hopp.

Die 60-jährige zählt wie Reiner Praß zum Vorstand des Vereins, der sich in diesem Jahr in Erfurt gegründet hat. Für Aufmerksamkeit hatte das Bündnis allerdings schon vorher gesorgt und so erhielten die „Omas gegen rechts“ kürzlich den Thüringer Demokratiepreis. Doch die Genugtuung darüber, „dass unsere ehrenamtliche Arbeit wahrgenommen wird“, haben sie mit Kritik verbunden.

Aus ihrer Sicht werde die Justiz im Freistaat ihrer Verantwortung im Kampf gegen Rechtsextremismus nicht gerecht. „Deshalb fällt es uns schwer, überschwängliche Freunde über diesen Preis zu entwickeln“,



Unterschriftenübergabe der „Omas gegen Rechts“ vor dem Thüringer Justizministerium.

FOTO: MARCO SCHMIDT

äußert Renate Wanner-Hopp. Und so haben sie gemeinsam die Idee entwickelt, künftig selbst einen Preis zu verleihen, an jene, die sich in Thüringen vehement gegen Rechtsextreme stellen.

So wie die „Omas gegen rechts“, die vor allem durch den sogenannten „Ballstädt-Prozess“ weit über die Thüringer Grenzen hinaus bekannt geworden sind. Da prangerten sie im Vorfeld eine Absprache zwischen Anklage und Verteidigung an, durch die die Täter deutlich mildere Strafen bekommen

sollten. Fast 45.000 Unterschriften sammelten sie in einer Petition und stellten sich danach mit Plakaten vor das Verhandlungsgebäude. Die Bewährungsurteile erschüttern sie noch immer. Renate Wanner-Hopp und Reiner Praß sprechen von „tiefer Enttäuschung“, von „Unverständnis“ darüber, wie mit den Opfern umgegangen wurde, vom „erschütterten Glauben an unparteiische Justiz“ in diesem Prozess, der seinen Anfang vor fast acht Jahren mit dem brutalen Überfall auf eine Kirmes-Gesellschaft nahm.

Dass sich Renate Wanner-Hopp, die in Ludwigshafen aufgewachsen ist, bei den „Omas“ engagiert, ist eher einem Zufall zu verdanken. Bei einer Mai-Kundgebung 2019 in Erfurt sah die Vorsitzende des Gemeindekirchenrates der Prediger-Gemeinde entsprechende Schilder: „Da habe ich mir gedacht: Ich bin Oma, ich bin gegen rechts, da gehöre ich hin.“ Für ihre Entscheidung spielten auch die Kriegserlebnisse der Mutter eine Rolle: „Von diesen war meine ganze Kindheit geprägt. Ständig musste ich überlebenswichtige Regeln beachten. Dazu gehörte, jeden Abend die Kleidung so über den Stuhl zu legen, dass ich mitten in der Nacht, in Dunkelheit, mich ankleiden und das Haus verlassen konnte.“

2018 war Renate Wanner-Hopp mit der Familie von München in die Heimatstadt ihrer Mutter gezogen. Auch Reiner Praß ist aus dem Westen gekommen. Er hat „großen Respekt vor der Lebensleistung vieler Menschen in Thüringen während der Vereinigung.“ Diese werde leider oft nicht anerkannt. Auch das erkläre eventuell, warum die AfD gerade in Mitteldeutschland so einen „erschreckenden Zuspruch“ hat. Und er mahnt: „Demokratie ist nichts Selbstverständliches, wir müssen sie uns jeden Tag erarbeiten und gegen Angriffe verteidigen.“

Und deshalb lassen die „Omas gegen rechts“ mit ihrem Opa nicht locker. So erinnern sie jeweils im Mai an die Bücherverbrennung der Nationalsozialisten im Jahr 1933, haben dazu unter anderem das Erfurter Jugendtheater Schotte als Partner gewonnen. Sie formulieren ihren Unwillen gegen die Corona-Leugner, die auf den jetzigen Demonstrationen oft von Rechtsradikalen mit menschenfeindlicher, rassistischer und antisemitischer Einstellung gesteuert werden.

Ja, es fänden sich leider genug Anlässe, für die „Omas gegen rechts“ aktiv zu sein, sagt Renate Wanner-Hopp. Und so werden sie auch künftig unermüdlich Haltung zeigen, die anderen gleichzeitig Halt geben soll.

Reiner Praß ist dazu inmitten der Frauenpower gern weiter bereit. Allerdings würde es ihn freuen, wenn sich im Verein bald noch andere Opas zu den Omas gesellen.

Unsicherheit bei Testbescheinigungen

Ob Nachweise auch ohne Stempel und Unterschrift gültig sind, ist unklar

Von Sibylle Göbel

Apolda/Erfurt. Sind Test-Bescheinigungen auch ohne Unterschrift und Stempel des Testzentrums gültig? – Das ist die Frage, die sich gewiss nicht nur eine Apoldaer Unternehmerin stellt, die von einem ihrer Mitarbeiter ein solches „maschinell erstelltes Schreiben“ vorgelegt bekam. Und seither Zweifel hegt: Denn für einigermaßen Technikversierte sei es doch ein Leichtes, ein solches Dokument am Computer selbst zu fertigen, findet die Apolda-

erin, die sich seit Einführung der 3G-Regel am Arbeitsplatz von nicht geimpften oder genesenen Beschäftigten regelmäßig Testergebnisse vorlegen lassen muss.

Das Thüringer Gesundheitsministerium bedauert, nicht weiterhelfen zu können, „weil das Testen durch den Bund geregelt wird“. In der Bundestestverordnung fänden sich dazu keine gesonderten Angaben, ergänzt eine Sprecherin.

Das Bundesgesundheitsministerium wiederum verweist auf die Gesundheitsämter der Kommunen,

die die Testzentren schließlich auch zulassen – und zusätzlich auf die Homepage des Bundesgesundheitsministeriums. Doch auch dort findet sich kein Hinweis dazu, ob Dokumente ohne Stempel und Unterschrift rechtens sind. Es müsse sich allerdings, wenn der Test nicht unter Aufsicht des Arbeitgebers oder einer von ihm beauftragten Person erfolge, um einen „Leistungserbringer nach § 6 Absatz 1 der Coronavirus-Testverordnung“ handeln, der den Test vornehme.

Im Landratsamt Weimarer Land,

das für die Zulassung der Testzentren auch in Apolda zuständig ist, zeigt man sich verwundert: Quarantäneanordnungen, für die sich Mitarbeiter der Behörde und betroffene Bürger nicht begegnen müssten, würden zwar auch maschinell erstellt. „Im Testzentrum aber findet die persönliche Begegnung doch statt. Deshalb sollten dort Unterschrift und Stempel Usus sein“, sagt eine Sprecherin und verweist auf die Praxis des jetzt am Landratsamt geschaffenen Testzentrums: Dort sei die Signatur selbstverständlich.

Butzke soll Rechnungshofpräsidentin werden

CDU und Rot-Rot-Grün schlagen die bisherige Direktorin als Nachfolgerin von Sebastian Dette vor

Von Elmar Otto

Erfurt/Rudolstadt. Rechnungshofdirektorin Kirsten Butzke soll neue Präsidentin der Rudolstädter Behörde werden. Die Personalie steht als gemeinsamer Antrag von Linke, SPD, Grünen und CDU auf der Tagesordnung des Landtags in der nächsten Woche. Die CDU habe den anderen Fraktionen den Vorschlag unterbreitet, so Unionsfraktionschef Mario Voigt.

Der Wechsel an der Spitze des Rechnungshofs wird Anfang des kommenden Jahres vollzogen. Dann tritt Präsident Sebastian Dette nach Ablauf seiner zwölfjährigen Amtszeit am 31. Januar in den Ruhestand.

Butzke bringe eine „hervorragende Expertise“ für ihr künftiges Amt mit, sagte Voigt.

„Wir haben keine Einwände. Frau Butzke hat weitreichende Berufserfahrung. Sie ist, glaube ich, eine gute Wahl“, so SPD-Fraktionschef Matthias Hey. Ähnlich äußerten sich Linke und Grüne.

Die 1974 in Weimar geborene Volljuristin studierte Rechtswissenschaften in Jena. Das Referendariat absolvierte sie in Bayern. Dort legte sie auch die zweite juristische Staatsprüfung ab. Die damit verbundene Befähigung zum Richteramt ist Voraussetzung, um Rechnungshofpräsidentin zu werden.

Nachdem Butzke bis 2009 im Thüringer Wissenschaftsministe-



Kirsten Butzke ist Direktorin im Landesrechnungshof.

FOTO: RECHNUNGS-HOF

rium tätig war, arbeitete sie anschließend als Prüfungsreferatsleiterin beim Rechnungshof mit Zuständigkeit für Hochschulen, Wissenschaft, Forschung, Kunst und Kultur. Am 23. Februar 2018 war sie vom Landtag zur Direktorin gewählt worden.

Für die Wahl als Präsidentin ist eine Zweidrittel-Mehrheit im 90 Abgeordnete zählenden Parlament

nötig. Die rot-rot-grüne Minderheitskoalition, die 42 Sitze hat, und die 21 Mitglieder starke Unionsfraktion würden auf die nötige Stimmzahl kommen.

Auch neu besetzt werden muss die Position des Verfassungsgerichtshofspräsidenten. Dafür wird ebenfalls eine Zweidrittel-Mehrheit gebraucht. Die vier Fraktionschefs hätten diesbezüglich eine „grundsätzliche Einigung“ erzielt, sagte Linke-Fraktionschef Steffen Dittes. Weitere Details wollte er nicht nennen. Der oberste Thüringer Richterposten muss zum Anfang des Jahres neu besetzt werden, weil Präsident Stefan Kaufmann im Dezember 68 Jahre alt wird und aus Altersgründen ausscheidet.

2,5 Millionen Euro für Barrierefreiheit

Erfurt. In Thüringen gibt es ein großes Interesse an dem neuen Förderprogramm zur Verbesserung der Barrierefreiheit, teilt der Landesbehindertenbeauftragte Joachim Leibiger mit. Es gebe bereits Anfragen im Volumen von 800.000 Euro. Anträge auf Förderung könnten ab sofort sowohl von der öffentlichen Hand als auch von Privatpersonen für das nächste Jahr gestellt werden. Die Formulare dafür sollten bald im Netz hochgeladen werden. Das Programm laufe zunächst bis Ende 2023 und umfasse rund 2,5 Millionen Euro. Laut Thüringer Aufbaubank ist das Programm bewusst breit aufgestellt und reicht vom digitalen Barrierefreiheit über den Umbau von Fahrzeugen oder Wohnungen bis zu Spielplätzen oder Wanderwegen. *dpa*

Kein Volksbegehren zum Wahlgesetz

Erfurt. Die Kleinstpartei Bürger für Thüringen ist mit ihrem Volksbegehren zur Änderung des Thüringer Wahlgesetzes schon an der ersten Hürde gescheitert. Statt der für den Antrag auf ein Volksbegehren erforderlichen 5000 Unterschriften kamen seit Anfang Oktober nur 2198 Unterschriften zusammen, wie die Partei mitteilte.

Die Partei mit nach eigenen Angaben rund 20 bis 25 Mitgliedern hatte erreichen wollen, dass sich kleine Parteien und Vereinigungen bei Landtagswahlen auf gemeinsamen Landeslisten zusammenschließen und so ihre Wahlchancen verbessern können. *dpa*